Artikel auf t-online vom 14.01.2026: Tagesanbruch von Florian Harms: *Der Ernstfall ist da*:

Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,
es hat etwas Gespenstisches, Deutschland zu Beginn des Jahres 2026 zu beobachten. Man blickt auf ein Land, das sich in einem Zustand der fiebrigen Stagnation befindet, einen Patienten, der die bittere Medizin verweigert und stattdessen nach lindernden Opiaten verlangt. Die Regierung aus Union und Sozialdemokraten – angetreten, um den Kranken zu heilen – erweist sich als willfährige Verwalterin dieses nationalen Rauschzustands. Sie therapiert mit Schulden, wo ein chirurgischer Eingriff vonnöten wäre.
Die nüchternen Zahlen sollten die Regierenden eigentlich aufschrecken. Die Industrieproduktion ist im vierten Jahr rückläufig. Der Präsident des Industrieverbandes spricht vom **"freien Fall"** des Wirtschaftsstandorts. Die Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer diagnostiziert eine **"De-Industrialisierung"** und zählt **400.000** verlorene Industriearbeitsplätze in den vergangenen sechs Jahren. Jeden Tag schlittern **60** weitere Unternehmen in die Insolvenz. Und das zarte Pflänzchen Wachstum, das die Ökonomen für dieses Jahr prognostizieren, wurzelt nicht in fruchtbarem Boden, sondern im Treibsand neuer **Milliardenschulden.**
Zugegeben: Die schwarz-rote Koalition hat hier und da an den Stellschrauben der Bürokratie und der Energiepreise gedreht – doch bislang ähnelt sie einem Mechaniker, der das Getriebe poliert, während der Motor brennt. Selbst der Kanzler ist unzufrieden mit der bisherigen Regierungsbilanz, sieht die Wirtschaft in einer **"sehr kritischen Lage" und schwört sein Kabinett auf mutigere Reformen ein.**
Doch an den entscheidenden Stellen herrscht vor allem bei CSU- und SPD-Politikern eine fast schon mutwillige Blindheit. Statt die Sanierung des ausufernden **Sozialstaats** zur Überlebensfrage zu erklären, päppelt die Regierung ihn mit geliehenem Geld weiter. Die ausgeweitete Mütterrente, die erhöhte Pendlerpauschale und die verlängerte Rentengarantie sollen das aufgewühlte Wahlvolk kurzfristig beruhigen. In Wahrheit ist jedes dieser Geschenke eine sündhaft teure **Illusion,** die den Menschen vorgaukelt, alles könne so weitergehen wie in den satten Jahren vor der Pandemie.

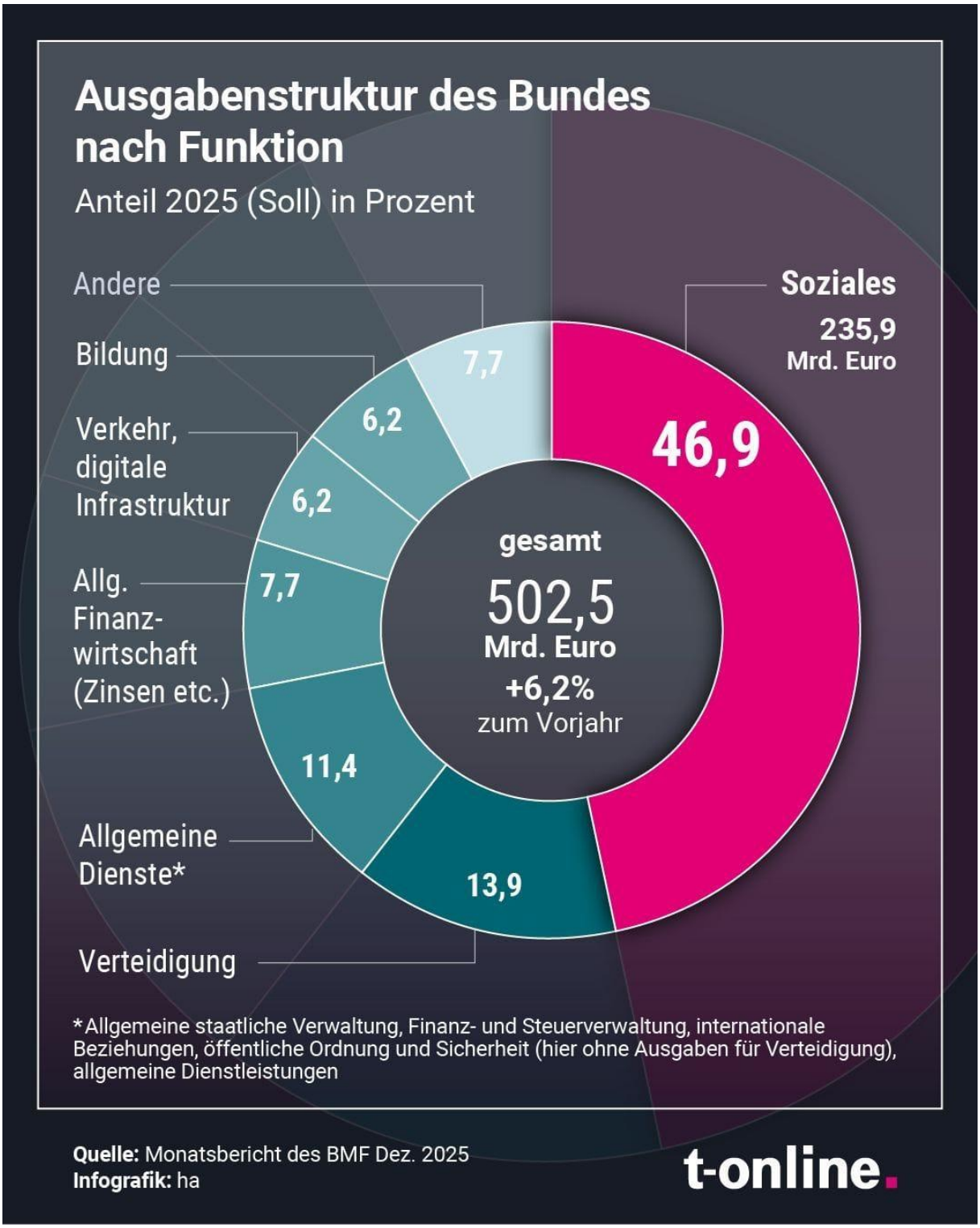
Nun verlangt die SPD auch noch höhere Erbschaftssteuern – nicht nur für Vermögende, sondern auch für Unternehmen. Diejenigen, die den Karren ziehen, sollen dem Staat also noch mehr Geld überlassen, statt es in ihre Betriebe zu investieren. In der gegenwärtigen Lage ist das nicht nur fahrlässig, sondern selbstmörderisch. Gerechter und wirksamer wäre es, die Steuern für Normalverdiener weiter zu senken – doch in der SPD weiß man gar nicht mehr, wie man das buchstabiert: **Steuersenkung.** Sie ist zu einer **obrigkeitshörigen Partei** mutiert, die der Eigeninitiative von Bürgern misstraut und den Staat so viel wie möglich regeln lassen will. Mit dieser Haltung hat sie das Sozialsystem in den zwölf Jahren, in denen sie nun ununterbrochen in der Bundesregierung sitzt, zu einem undurchdringlichen **Subventionsdschungel** ausgebaut.
Mittlerweile gibt es hierzulande 500 verschiedene Sozialleistungen, die Sozialgesetzbücher umfassen mehr als 3.200 Paragraphen. Nicht einmal Fachleute blicken da noch durch, geschweige denn die Politiker, die alle diese Gesetze erlassen haben. Die Beamten des antiken Byzanz wären stolz auf die Sozialpolitiker der SPD gewesen. Jedenfalls so lange, bis ihr Bürokratenreich zerfiel.
Die Lage ist so prekär, weil das deutsche Geschäftsmodell zerbrochen ist: Billiges Gas aus Russland, militärische Sicherheit aus Amerika und ein grenzenloser Absatzmarkt in China haben es der Bundesrepublik jahrzehntelang ermöglicht, einen Wohlstand anzuhäufen, der weltweit Bewunderung hervorruft. **Das ist vorbei.** Diese banale Tatsache kann man gar nicht oft genug wiederholen. Doch die Regierenden tun so, als sei das Erfolgsfundament nur leicht beschädigt und mit etwas politischem Spachtel zu kitten. Sie verkennen die Tektonik der neuen Weltlage. Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einer rasanten Talfahrt, und wenn das Land jetzt nicht entschlossen gegensteuert, läuft es Gefahr, sich in wenigen Jahren nicht mehr mit den USA und China messen zu können, sondern eher mit Brasilien und Mexiko. Immer noch ansehnlich, aber dann sicher kein Staat mehr, in dem 83 Millionen Menschen auf demselben Wohlstandsniveau wie heute leben können.
Dabei hat Deutschland alles, was es zum Durchstarten bräuchte: eine gut ausgebildete Bevölkerung, einen intakten Rechtsstaat, innovative Unternehmen mit weltweit begehrten Produkten, den europäischen Binnenmarkt, hohes internationales Renommee. Doch die

Republik ist zu einem Gulliver erstarrt, gelähmt von tausend bürokratischen Schnüren und einer permanent erhöhten Abgabenlast, die die fleißige Mitte der Gesellschaft erdrückt, um eine **gigantische Umverteilungsmaschine** zu füttern. Dabei ist der Staat ein miserabler Manager. Der Bundesrechnungshof listet Jahr für Jahr auf, wie viele Milliarden Euro in staatlichen Fehlplanungen versickern. „Die öffentliche Verschwendung" lautet der Titel des aktuellen Schwarzbuchs.

Die Zeche für dieses Missmanagement zahlt die gesellschaftliche Mitte. Es sind die Arbeitnehmer und Selbstständigen, die Gründer und Unternehmer, die nicht nur (wie alle Bürger) steigende Preise und Mieten stemmen müssen, sondern auch jene **Steuern** erwirtschaften, die im Berliner Regierungsviertel mit vollen Händen verteilt werden. Kein Wunder, dass man immer öfter von Leuten hört, die ernsthaft ans **Auswandern** denken. Es ist ein Symptom des erodierten Vertrauens. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen kehren der erstarrten Republik den Rücken.

So darf das nicht weitergehen. Natürlich braucht das Land mehr Zuversicht und mehr Anpacker, mit Miesepetern lässt sich kein Staat machen. Vor allem jedoch braucht es die Einsicht, dass die jahrelange Ausgaben-Party vorbei ist. Die Empfänger von Steuergeld müssen einsehen, dass es Zeit ist, den Gürtel enger zu schnallen. Und die Regierenden sollten endlich den Mut aufbringen, die enorme **Staatsquote von fast 50 Prozent (!)** zurückzuschrauben und den Bürgern spürbar mehr von ihrem hart erarbeiteten Geld zu lassen.

Das bedeutet zwangsläufig Einschnitte im Sozialsystem, vom Bürgergeld über den Rentenzuschuss bis zur Gesundheitsversorgung. Das tut vielen weh. Aber es ist verschmerzbar im Vergleich zu den immensen Schäden, die eine fortschreitende Erosion des deutschen Wirtschaftserfolgs für Abermillionen Menschen mit sich brächte. Noch haben wir die Wahl zwischen heilsamen Eingriffen und einem desaströsen Siechtum. Wann handeln wir?



Zitat des Tages

"Viele unserer Wähler sind enttäuscht, weil der Eindruck entstanden ist, dass wir uns um viele kleine Gruppen kümmern, aber nicht mehr um das große Ganze und unsere Kernwählerschaft. Die hart arbeitenden Menschen, die Familien, die Mitte unserer Gesellschaft."

SPD-Chefin **Bärbel Bas** zeigt im Magazin "Stern" erste Einsicht. Aber wann handelt sie?

Grönland-Gipfel

Donald Trumps wahnwitzige Grönland-Besitzansprüche halten die Weltpolitik in Atem. Seit der US-Präsident immer vehementer verkündet, die zum Nato-Mitglied Dänemark gehörende, weitgehend autonome 57.000-Einwohner-Insel zur Not "auf die harte Tour" unter Kontrolle der Vereinigten Staaten bringen zu wollen, suchen führende Köpfe der Verteidigungsallianz nach Wegen, deren drohenden Bruch zu vermeiden. So sprachen sich Nato-Generalsekretär **Mark Rutte,** Kanzler **Friedrich Merz** und Großbritanniens Premier **Keir Starmer** für einen Ausbau der Bündnispräsenz in der Arktis aus, um Trumps Sicherheitsbedenken zu entschärfen – bislang ohne Erfolg. Gestern bekräftigte der grönländische Regierungschef **Jens-Frederik Nielsen** bei einer Pressekonferenz mit Dänemarks Ministerpräsidentin **Mette Frederiksen,** dass sein Land nicht zu den USA gehören wolle.

Heute werden der dänische Außenminister Lars Løkke Rasmussen und seine grönländische Amtskollegin Vivian Motzfeldt in Washington erwartet. Im Weißen Haus ist ein Treffen mit US-Vizepräsident **JD Vance** und US-Außenminister **Marco Rubio** angesetzt, um die Situation von Angesicht zu Angesicht zu besprechen. Eine republikanische Gesetzesinitiative im US-Parlament fordert derweil nicht nur die Übernahme, sondern auch die Umbenennung Grönlands: nicht in Trump-Island, sondern in **"Red, White and Blueland"**– nach den Farben der US-Flagge. Man kann das alles eigentlich nur noch als Wahnsinn bezeichnen.

Zur journalistischen Pluralität gehört es, dass man in einer Redaktion auch andere Meinungen vertreten kann als der Chefredakteur: Meine Kollegin Christine Holthoff blickt anders auf die Steuerpläne der SPD.

Kanzler Merz rechnet mit einem baldigen Sturz des iranischen Regimes. Woher nimmt er die Gewissheit, weiß er mehr? Unsere Reporter Johannes Bebermeier, Julia Naue und Florian Schmidt sind der Frage nachgegangen.